

Geschäftsbereiche sind verteilt

Volks Aufgabenbereich wird größer / Drei Neuverpflichtungen. ► SEITE 7

Wehr wird durchleuchtet

Stadtrat: Feuerwehrbedarfsplan und Schlauchpflegeanlage bewilligt. ► SEITE 7

„Einige Verträge fehlen“

Glasfaser: Deutsche GigaNetz verlängert bis 16. Dezember. ► SEITE 7

Donnerstag, 12. September 2024 · 1,20 €

Amtliches Organ der Stadtverwaltung Schifferstadt

120. Jahrgang · Nr. 213

WETTER

Heute



7° – 16°

► FERNSEHEN / WETTER

HEUTE LOKAL

Sparkasse Vorderpfalz präsentiert Ausbildungschancen auf der Sprungbrett-Messe

Die Sparkasse Vorderpfalz wird auch dieses Jahr auf der Sprungbrett-Messe in der Friedrich-Ebert-Halle vertreten sein, um Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Einblick in Ausbildung, Studium und Weiterbildungsmöglichkeiten zu bieten. Die Messe findet am 27. und 28. September statt.

► SEITE 9

Johannes Steiniger steht zur Wahl

Designierter CDU-Chef Gordon Schnieder präsentiert seinen Wunsch-Kandidaten für den Posten des Generalsekretärs

► SEITE 10

INHALT

Lokal	7
Notrufe	8
Sudoku	8
Rätsel	8
Roman	10
Ratgeber	12

KONTAKT

Schifferstadter Tagblatt
Bahnhofstraße 70
67105 Schifferstadt

Telefon 06235/92690

www.schifferstadter-tagblatt.de

Abonnenten-Service:

Telefon 92690
info@schifferstadter-tagblatt.de

Anzeigenabteilung:

Telefon 92690
anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de

Redaktion:

Telefon 92690
redaktion@schifferstadter-tagblatt.de

Kostenlose Newsletter:

www.schifferstadter-tagblatt.de/newsletter

Soziale Medien

www.facebook.com/schifferstadter.tagblatt
Instagram
@schifferstadtertagblatt
linkedin
www.linkedin.com/company/schifferstadtertagblatt
WhatsappKanal

Öffnungszeiten des

Verlagsbüros:

Dienstag, Donnerstag:

8 bis 11 Uhr.

Telefonisch erreichen Sie uns:

Montag bis Freitag von

8 bis 12 Uhr..

Sollten Sie Ihr Tagblatt nicht erhalten haben, melden Sie uns dies - gerne auch per Mail - bis spätestens 11 Uhr.



In die Elbe gesackt

Foto: dpa

Ein Teil der Carolabrücke in Dresden ist eingestürzt. Die Stadt entgeht knapp einer Katastrophe. ► AUS ALLER WELT

Scholz attackiert Merz

Die Generaldebatte des Bundestags ist von Schuldzuweisungen geprägt / Migrationskompromiss ist ferner denn je

BERLIN (dpa). Nach dem Scheitern der Migrationsgespräche zwischen Regierung und Union haben sich Kanzler Olaf Scholz und CDU-Chef Friedrich Merz im Bundestag gegenseitig die Schuld zugewiesen. In der Generaldebatte des Bundestags warf Scholz dem Oppositionsführer in einer ungewöhnlich scharfen Rede vor, von vorneherein keine Einigung angestrebt und bei den Migrationsgesprächen einem „Drehbuch“ des Scheiterns gefolgt zu sein. „Sie haben sich in die Büsche geschlagen“, sagte der Kanzler. Merz wies das empört zurück: „Diese Behauptung ist infam.“

Der Kanzler bot dem CDU-Chef zwar eine Fortsetzung der Gespräche an. „Die Tür ist nicht zu.“ Merz als Chef der größten Oppositionsfraktion CDU/CSU will die Auseinandersetzung über die Migrationspolitik aber nun in den Bundestag verlagern. Er begründete das damit, dass die Regierung die notwendigen Maßnahmen mit ihrer eigenen Mehrheit beschließen könne,

weil keine Grundgesetzänderung dafür nötig sei. Nur dafür bräuchte die Ampel im Parlament eine Zweidrittelmehrheit und damit die Zustimmung von Teilen der Opposition.

„Wir begeben uns mit Ihnen (...) nicht in eine Endloschleife von Gesprächen“, sagte Merz und ergänzte: „Sie

treffen die Entscheidungen in der Regierung und alles Weitere können wir hier im Deutschen Bundestag weiter diskutieren.“

Der CDU-Chef hatte die Migrationsgespräche zwischen Ampel-Regierung, Ländern und Union am Dienstag nach der zweiten Runde für gescheitert erklärt. Die Koalition

sehe sich offensichtlich nicht zu umfassenden Zurückweisungen von Migranten an den deutschen Staatsgrenzen in der Lage, sagte er zur Begründung. „Damit ist der Versuch gescheitert, einen gemeinsamen Weg zu gehen.“

Der sonst so leise Scholz sprach im Bundestag in einer Lautstärke, die man sonst von ihm vor allem von Wahlkampfreden kennt. Während seiner Attacken auf die Union ballte er mehrfach die Faust.

Der Oppositionsführer verzichtete dagegen beim Thema Migration auf scharfe Verbalattacken und gab sich eher staatsmännisch. Vorwürfe, die Union agiere ausländerfeindlich, wies Merz entschieden zurück. „Deutschland muss ein offenes und ausländerfreundliches Land bleiben“, sagte er. Die Union stehe „klar und unmissverständlich gegen jede Form von Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit“.

Die Generaldebatte über den Kanzleretat ist der Höhepunkt der ersten Beratungen über den Etat 2025, der am Diens-

tag in den Bundestag eingebracht wurde. Migration war das bestimmende Thema in der Debatte, die traditionell zur Aussprache über die Regierungspolitik insgesamt genutzt wird. Es ging aber auch um Außenpolitik.

„Sie haben sich in die Büsche geschlagen.“

Bundeskanzler Olaf Scholz

Scholz wiederholte seinen Aufruf, eine weitere Friedenskonferenz für ein Ende des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine abzuhalten – mit Moskau am Tisch. „Jetzt ist der Moment, jetzt ist die Zeit, wo wir ausloten müssen, welche Möglichkeiten sich ergeben“, sagte der SPD-Politiker.

Merz wies auch diesen Vorstoß zurück. Man werde den russischen Präsidenten Wladimir Putin mit einer solchen „Friedens- und Diplomatie-rhetorik“ nicht zum Aufgeben bringen, sagte er.



Bundeskanzler Olaf Scholz spricht in der Generaldebatte in einer Lautstärke, die man sonst von ihm vor allem von Wahlkampfreden kennt. Foto: dpa

Bundesweiter Warntag

BONN (dpa). Ein Probealarm soll am bundesweiten Warntag in ganz Deutschland Handys und Sirenen laut schrillen, heulen und brummen lassen. Ausgelöst wird die für etwa 11 Uhr angekündigte Warnung am heutigen Donnerstag, 12. September, vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn. Bürger sollen dann über das Cell Broadcast System auf ihren Mobiltelefonen eine Warnbotschaft erhalten. Verbreitet wird der Probealarm dann auch über Radio- und Fernsehsender und auf Stadtinformationstafeln. Wer Warn-Apps wie Nina oder Katwarn auf seinem Smartphone installiert hat, sollte auch auf diesem Weg einen Hinweis auf die Probewarnung bekommen. Die Kommunen können außerdem zusätzliche Warnmittel wie Lautsprecherwagen und Sirenen einsetzen. Mit dem bundesweiten Warntag will das dem Bundesinnenministerium unterstellte BBK herausfinden, wie viele Menschen eine Warnung vor Gefahren im Ernstfall erreichen würde.

Kiew hofft auf Erlaubnis

KIEW (dpa). US-Außenminister Antony Blinken und sein britischer Amtskollege David Lammy sind zu Gesprächen in Kiew eingetroffen – auch über die Aufhebung von Waffenbeschränkungen für die Ukraine. Kiew drängt seit Monaten auf die Erlaubnis, insbesondere russische Militärflugplätze im Landesinneren Russlands mit US-amerikanischen und britischen Raketen angreifen zu können – von dort startet die russische Luftwaffe regelmäßig verheerende Angriffe auf das Nachbarland. Der Kreml geht davon aus, dass der Ukraine dieser Einsatz gegen russisches Gebiet erlaubt wird. Nach Darstellung von Kremlsprecher Dmitri Peskow verstrickt sich der Westen so immer tiefer in den Konflikt.



Kandidaten im Angriffsmodus

Im Rennen um das Weiße Haus liefern sich Harris und Trump hitzige TV-Debatte / Taylor Swift für Demokratin

PHILADELPHIA (dpa). Die demokratische US-Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris hat sich mit ihrem Kontrahenten Donald Trump eine hitzige TV-Debatte geliefert und im Anschluss überraschend die Unterstützung von US-Superstar Taylor Swift gesichert.

Harris und Trump überzogen sich bei ihrem ersten Duell gegenseitig mit scharfen Angriffen. Sie warfen einander vor, das Land heruntergewirtschaftet zu haben, keinen Plan für die drängenden Probleme zu haben und Lügen zu verbreiten. Swifts

Unterstützung für Harris im Anschluss stellte die Debatte aber in den Schatten, denn der Einfluss der Sängerin in den USA ist immens und dürfte den Wahlkampf merklich beeinflussen.

Es war überhaupt das erste Mal, dass sich die amtierende Vizepräsidentin Harris und der frühere Präsident Trump von Angesicht zu Angesicht gegenüberstanden – und das gleich zum vermutlich wichtigsten Showdown vor der Wahl am 5. November. Beide gingen sofort in den Angriffsmodus über. Trump bezeichnete Harris wiederkeh-

rend als „radikale Linke“. Harris sagte mehrfach, ihrem Kontrahenten seien die Bedürfnisse der Bürger egal, ihm gehe es nur darum, andere herunterzumachen.

Das Duell, das der Sender ABC ausrichtete, war vor allem für Harris eine Bewährungsprobe – Trump dagegen hat schon diverse TV-Debatten bestritten, auch in seinen früheren Wahlkämpfen 2016 und 2020. Harris zeigte sich bislang überwiegend bei streng choreografierten Wahlkampfauftritten. Bei der Debatte musste sie sich nun ohne Skript beweisen. Harris und Trump lie-

gen in Umfragen in etwa gleichauf. Beide wollen vor allem unentschlossene Wähler für sich gewinnen. Einer aktuellen Umfrage zufolge sind Harris' Positionen vielen wenig bekannt. Sie bemühte sich daher bei der Debatte, ihre inhaltlichen Ziele auszubreiten – unter anderem bei ihrem Paradedeathema Abtreibung.

Unmittelbar nach dem Duell erklärte sich Harris' Team zu einer zweiten Debatte im Oktober bereit. Als Nächstes sind die Vizekandidaten dran: Tim Walz und J.D. Vance treffen sich am 1. Oktober zum Schlagabtausch.



Standen sich erstmals gegenüber: die US-Präsidentschaftskandidaten Donald Trump und Kamala Harris. Fotos: dpa

KOMMENTARE



Generaldebatte: Scholz kann Kanzler – aber viel zu selten

Von Dennis Rink
dennis.rink@vrm.de

Olaf Scholz kann Kanzler. Aber nur, wenn er mit dem Rücken zur Wand steht. Das war so bei seiner historischen Doppel-Wumms-Rede vor fast zwei Jahren. Das war so bei der Generaldebatte 2023 – und nun wieder. Der sonst so wortkarge und emotionslose Sozialdemokrat wurde bei den Themen Asyl und Migration laut und deutlich. So würde man sich Scholz häufiger wünschen. Als Führungskraft. Dass er diese sonst bestens behütete und verborgene Seite immer nur unter größtem Druck zeigt, ist ein wesentliches Problem seiner Kanzlerschaft. Scholz kämpft um sein Amt. Er kämpft um die Führungsrolle in seiner fast schon gescheiterten Ampelkoalition, die er zuletzt als einen „Haufen kleiner Kinder“ bezeichnet hatte. Er kämpft natürlich gegen die CDU, die die Ampel in der Asyldebatte vor sich her treibt. Und er kämpft um seine Position in der eigenen Partei. Dem Bundeskanzler wird seit den katastrophalen Ergebnissen der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen klar geworden sein, dass er sich ändern muss. Dafür könnte es aber schon zu spät sein.

Und dann ist da noch sein Kontrahent Friedrich Merz. Der designierte Kanzlerkandidat der CDU brachte sich durch den geschickten taktischen Kniff, erst Alexander Dobrindt ans Rednerpult zu schicken, um nach Scholz zu sprechen, in die Verhandlung. Merz gab sich als Staatsmann und konnte auf den Bundeskanzler reagieren. Natürlich vor allem bei der Asyl- und Migrationspolitik, aber auch beim Thema Wirtschaft. Denn bei aller Kampfeslust hatte Scholz unter anderem vergessen, auf die Krise bei Volkswagen einzugehen. Wieder einmal kein gutes Zeichen von Scholz in Richtung der Industrie.

Auch wenn die Generaldebatte im Zeichen des Duells Scholz gegen Merz stand, darf die gesellschaftlich und politisch drängendste Frage dieser Wochen nicht untergehen: die Debatte um die Asylpolitik. Denn sowohl die Ampelparteien als auch die CDU hätten bei ihrem gemeinsamen Gipfel die Gelegenheit gehabt, danach Seite an Seite vor die Kameras zu treten und der Öffentlichkeit ein gutes Ergebnis entschlossener, pflichtbewusster und handlungsfähiger Politik zu präsentieren. Dabei wäre eben eine solche Lösung auch ein starkes Zeichen in die Gesellschaft hinein gewesen. Nun ist eine Einigung ausgeschlossen. Und das birgt vor der anstehenden Landtagswahl in Brandenburg Gefahren für alle Seiten.



TV-Duell Trump vs. Harris: Es wird noch schmutziger

Von Jens Kleindienst
jens.kleindienst@vrm.de

In einem TV-Duell ist Donald Trump kaum zu schlagen: Wie ein Raubtier stürzt er sich auf sein Gegenüber, als rhetorischer Monstertruck brettet er durch das Themen-Setting, erzählt er immer wieder dieselben Lügengeschichten – völlig egal, welche Frage ihm gestellt wird. Nur ein stumm geschaltetes Mikro bringt ihn zum Schweigen. Insofern ist es schon eine gute Nachricht, dass Kamala Harris von Trump nicht plattgemacht wurde wie Ende Juni ein völlig indisponierter Joe Biden. Harris hat Trump standgehalten, sie hat sogar den einen oder anderen Konter setzen können. Seit Dienstagabend wissen die Amerikanerinnen und Amerikaner deshalb: Kamala Harris ist die richtige Antwort der Demokraten auf die erneute Kandidatur Trumps für das mächtigste Amt der Welt. Die Vizepräsidentin hat eine reelle Chance gegen den Wüterich aus Mar-a-Lago. Sie hat die notwendige Schlagfertigkeit und Härte, um in den kommenden Wochen in einem Wahlkampf zu bestehen, der noch schmutziger werden dürfte. Und sie lässt Trump alt aussehen, entlarvt ihn als Mann von gestern. Im Nachhinein war es deshalb ein Segen, dass der greisenhafte Biden Ende Juni von Trump derart vorgeführt wurde, dass er wenig später das Feld für seine Stellvertreterin räumen musste. Gelauten ist das Rennen um die Präsidentschaft für die Demokraten damit aber keineswegs. Trump ist nicht geschlagen, er ist nicht einmal angeschlagen. Weil Kamala Harris ihren ersten Härtetest bestanden hat, ist das Rennen wieder offen. Denkt man zurück an die bleierne Resignation im Biden-Lager im Frühsommer, ist das schon eine ganze Menge. Es besteht wieder Hoffnung, dass der Welt eine zweite Präsidentschaft von Donald Trump erspart bleibt. Fürchten muss man sich vor ihr mehr denn je. Würde Trump im November triumphieren, es wäre eine einzige Katastrophe. Nicht nur für Amerika.



Karikatur: Gerhard Mester

Maßnahmen ohne die Opposition

Gescheitertes Migrationstreffen lenkt davon ab, dass die Ampel auch alleine weitreichende Schritte plant

Von Jana Wolf

BERLIN. Die Aufregung um das geplante Migrationsgespräch zwischen Bundesregierung und Opposition vom Dienstag war so groß, dass sie beinahe überlagert hat, zu welchem weitreichenden Schritten im Kampf gegen irreguläre Zuwanderung die Ampel-Koalition bereit ist. Die Regierung will nun die Zurückweisungen von Geflüchteten an den deutschen Grenzen „erheblich“ ausweiten und zwar auf Fälle, in denen andere EU-Mitgliedstaaten für das Asylverfahren zuständig sind. Das ist eine deutliche Verschärfung im Vergleich zum derzeitigen Einreiseregime.

Bereits jetzt finden Zurückweisungen an Grenzübergängen mit stationären Kontrollen statt. Konkret waren es mehr als 30.000 seit Oktober 2023. Allerdings wird bislang nur zurückgewiesen, wer etwa keine gültigen oder gefälschte Dokumente vorlegt oder aber ohne Visum oder gültigen Aufenthaltstitel einzureisen versucht. Das am Dienstag vorgelegte Modell der Bundesregierung sieht vor, auch Asylsuchende, für die ein anderer EU-Mitgliedsstaat zuständig ist, dorthin zurückzuweisen. Der Union gehen diese Pläne nicht weit genug. Sie hat die Gespräche am Dienstag im Bundesinnenministerium abgebrochen.

Doch nach einer rechtlichen Bewertung durch das Innenministerium sind Zurückwei-

sungen aller Schutzsuchender aus Drittstaaten an den deutschen Grenzen, wie es der Union vorschwebt, nicht vereinbar mit dem Europarecht. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sprach am Dienstag von einem „Modell für europarechtskonforme, effektive Zurückweisungen“, das die Regierung der Union vorgestellt habe.

Die Bundespolizei soll nach diesem Modell prüfen, ob ein anderer Mitgliedstaat für das Asylverfahren zuständig ist, wenn ein Asylgesuch geäußert wird, hieß es aus Regierungskreisen. Dabei greife die Bundespolizei vorrangig auf Eurodac-Treffer zurück, ziehe andere Belege heran und füh-

re Befragungen durch. Bei Eurodac handelt es sich um ein europäisches System für den Abgleich der Fingerabdruckdaten von Asylbewerbern.

Wenn Fluchtgefahr der betreffenden Personen besteht, soll die Bundespolizei prüfen, ob „Haftkapazitäten“ zur Verfügung stehen und gegebenenfalls beim zuständigen Gericht Haft beantragen. „Hier ist ein schnelles Handeln der Justiz der Länder erforderlich“, hieß es weiter aus Regierungskreisen. Auch müssten die Haftplätze der Länder in ausreichender Anzahl, möglichst in Grenznähe entlang der Migrationsrouten, vorhanden sein.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

soll ein beschleunigtes Dublin-Verfahren einleiten. Deutschland will sich „auf hoher politischer Ebene“ bei den europäischen Partnern dafür einsetzen, dass dort der Rücknahme der entsprechenden Personen schnell zugestimmt wird.

Aus den Bundesländern melden sich Zweifler

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bot der Union am Mittwoch in der Generaldebatte im Bundestag eine Fortsetzung der Gespräche an. „Die Tür ist nicht zu.“ Scholz sagte aber auch, „wir werden es auch machen, selbst wenn sie nicht mitmachen. Die Regierung wird dieses Konzept umsetzen

und auf den Weg bringen.“ Ob das tatsächlich ohne Zutun der Union möglich ist, ist fraglich. Schließlich ist die Bundesregierung auf die Mitarbeit der Bundesländer angewiesen, gerade der unionsgeführten Grenzländer wie Sachsen, Bayern oder Nordrhein-Westfalen. Aus einigen Ländern waren dann auch große Zweifel am Modell der Bundesregierung zu hören.

„Anstatt den Zustrom zu stoppen, will die Ampel erstmal Bürokratie aufbauen“, sagte der brandenburgische Innenminister und Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Michael Stübgen (CDU), der Berliner Redaktion unserer Zeitung. „Zusätzliche Prüfverfahren und gesonderte Unterbringungen bis hin zur Inhaftierung ganzer Personengruppen bräuchten gesetzliche Regelungen, zusätzliches Personal und eine neue Infrastruktur, und alles drei ist nicht vorhanden“, kritisierte Stübgen. Auch Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) äußerte scharfe Kritik: „Dieser verkopfte Vorschlag der Ampel bleibt ein bürokratischer Rohrkrepierer, weil er unberechtigten Asylbewerber nicht direkt an der Grenze zurückweist, sondern sie in unsinniger Weise wieder in das völlig funktionsuntüchtige Dublin-Verfahren führen würde.“

SPD-Chefin Saskia Esken hielt dagegen und warf CDU- und Unionsfraktionschef Friedrich Merz Parteitaktik in der Migrationsdebatte vor.



Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) wirft der Bundesregierung vor, mit ihren Plänen erst einmal Bürokratie aufzubauen, anstatt die Zahl der Migranten zu reduzieren. Foto: dpa

Wirtschaftsministerium plant neue Kraftwerke

Bei der Energieversorgung will die Bundesregierung sich nicht nur auf Erneuerbare verlassen und bringt wieder Gas ins Spiel

BERLIN (dpa). Das Bundeswirtschaftsministerium treibt Pläne zur staatlichen Förderung neuer Gaskraftwerke und zur Modernisierung bestehender Anlagen voran. Die Kraftwerke sollen künftig einspringen, wenn der Strombedarf durch erneuerbare Energien nicht zu decken ist. Außerdem soll die Umstellung auf klimafreundlicheren Wasserstoff gefördert werden. „So machen wir das Stromsystem fit für hohe Anteile erneuerbarer Energien und sichern uns auch für

Zeiten von wenig Wind und Sonne zusätzlich ab“, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Zu den Eckpunkten für das neue Kraftwerksicherheitsgesetz können Fachleute, Verbände und Unternehmen nun binnen sechs Wochen Stellung nehmen.

So sollen zunächst Kraftwerkskapazitäten im Umfang von 12,5 Gigawatt (GW) zur Förderung ausgeschrieben werden sowie 500 Megawatt (MW) an Langzeitspeichern.

Die Gaskraftwerke sollen für eine spätere Umstellung auf klimafreundlicheren Wasserstoff ausgestattet sein, zum Teil sollen auch reine Wasserstoffkraftwerke gefördert werden. Nach den Worten von FDP-Fraktionsvize Lukas Köhler wird mit der Kraftwerksstrategie die Grundlage geschaffen, „um auch in Zukunft jedes Unternehmen und jeden Haushalt in Deutschland jederzeit und bei jedem Wetter mit günstiger Energie zu versorgen“.

Im Detail ist geplant, dass 5 GW an neuen wasserstofffähigen Gaskraftwerken gefördert werden und 2 GW an wasserstofffähigen Modernisierungen. Spätestens ab dem achten Jahr nach Inbetriebnahme oder Modernisierung sollen diese mit „grünem“ oder „blauem“ Wasserstoff betrieben werden. „Grüner“ Wasserstoff wird mit Hilfe erneuerbarer Energien erzeugt, bei der Produktion „blauen“ Wasserstoffs wird klimaschädliches CO₂ eingefangen und unter-

disch gelagert. Hinzu kommen 500 MW an reinen Wasserstoffkraftwerken, die sofort mit Wasserstoff laufen und 500 MW an Langzeitspeichern. Ferner geht es um eine Fördersäule für weitere 5 GW an neuen Gaskraftwerken - das Ministerium geht davon aus, dass auch diese wasserstofffähig gebaut werden. Gedacht ist das Ganze auch als Vorgriff auf den für 2028 geplanten Kapazitätsmechanismus. Der soll künftig die Stromversorgung während Dunkelflauten absichern.

Hunderttausende von Hochwasser bedroht

BERLIN (dpa). In Deutschland sind einer Studie zufolge fast 400.000 Menschen unmittelbar von Hochwasser bedroht. Demnach werden etwa 384.000 Menschen in den kommenden Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit von einem Hochwasser-Ereignis betroffen sein – davon allein rund 190.800 Bewohner entlang des Rheins und seiner Nebenflüsse.

Experten: Vorkehrungen weiter ausbauen

Auch Menschen, die an der Elbe wohnen, sind stark betroffen, wie aus der Studie des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (Ufu) weiter hervorgeht. Insgesamt seien hier etwa 98.800 Einwohner besonders gefährdet. Grundlage der Berechnung, die heute veröffentlicht wird, sind den Angaben zufolge Pläne der Bundesländer zum Hochwasserrisikomanagement. Mit Blick auf Starkregen mahnen die Ufu-Forscher an, die bisherigen Vorkehrungen auszuweiten. „Obwohl Starkregenereignisse nur kurzfristig vorhersehbar sind, bleibt der Aufbau von Monitoringsystemen und Vorhersagemodellen wichtig“, heißt es.

Achterbahn bleibt stecken

RUST (dpa). Im Europa-Park in Rust ist die Achterbahn Blue Fire mit Fahrgästen an Bord seitlich geneigt stehen geblieben. Der Zug kam nach Auskunft eines Sprechers des Freizeitparks beim ersten Anstieg zum Stillstand. Nach Angaben des Freizeitparks ist die Bahn nach dem Zwischenfall wieder in Betrieb genommen worden. Starke Winde stünden mit dem Zwischenfall nicht im Zusammenhang.

Mehrfache Vergewaltigung

BIELEFELD (dpa). Eine junge Frau soll Opfer einer Gruppenvergewaltigung im ostwestfälischen Herford geworden sein, die Staatsanwaltschaft ermittelt in dem Fall gegen sechs Männer und eine Frau. Zu der Tat soll es am 24. August im Auto auf einem Parkplatz nahe einer Großraumdisco gekommen sein, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft in Bielefeld. Bei den Verdächtigen handele sich um fünf Heranwachsende, einen Erwachsenen und einen Jugendlichen. Zwei Beschuldigte – beide Iraker – seien bereits in Untersuchungshaft genommen worden. Vier Tatverdächtige sind demnach Deutsche, eine Person sei deutsch-syrischer Staatsangehöriger.

Urteil zu Fototapeten

KARLSRUHE (dpa). Wer Fotos oder Videos im Internet veröffentlicht, auf denen im Hintergrund eine Fototapete zu sehen ist, verletzt damit gemeinhin keine Urheberrechte. Solange die Nutzung nicht vertraglich eingeschränkt und aus objektiver Sicht als üblich anzusehen ist, gibt es nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) keine Probleme. Nach dem Urheberrechtsgesetz geschützte Rechte seien nicht verletzt. Der erste Zivilsenat in Karlsruhe hatte es mit drei Verfahren zu tun, in denen ein Unternehmen gegen Personen klagte, die Bilder von Fototapeten im Internet hochgeladen hatten.

Dresden entgeht knapp einer Katastrophe

Ein Teil der Carolabrücke stürzt mitten in der Nacht in die Elbe / Wichtige Verkehrsader unpassierbar / Polizei geht von Unfall aus

Von Birgit Zimmermann und Christiane Raatz

DRESDEN. Nur knapp ist Dresden beim teilweisen Einsturz der Carolabrücke einer Katastrophe entgangen. Ein etwa 100 Meter langes Stück, über das Straßenbahngleise sowie ein Fuß- und Radweg führten, stürzte mitten in der Nacht in die Elbe. Ein weiterer Abschnitt ist einsturzgefährdet. Zum Glück wurde niemand verletzt oder getötet. Die Polizei sieht keine Anhaltspunkte für eine Fremdeinwirkung, sie geht von einem Unglück aus. Doch was war der Auslöser für das Desaster?

18 Minuten vor Einsturz passiert Tram die Brücke

Die Brücke gilt als eine der wichtigsten Verkehrsadern in der Stadt, in der Innenstadt überspannt sie die Elbe. Der Einsturz hätte noch schlimmeren Schaden anrichten können: Nur 18 Minuten vorher hat die letzte Straßenbahn die Brücke passiert. Die Straßenbahn sei um 2.50 Uhr über die Brücke gefahren, die Brücke sei um 3.08 eingestürzt, teilten die Verkehrsbetriebe mit.

Als Holger Kalbe, verantwortlich für die Sicherheit aller Brücken in Dresden, vor die Presse tritt, wirkt er sichtlich erschüttert. „Glauben Sie mir, das ist ein Morgen, den wollen Sie nie erleben“, sagte der Abteilungsleiter Brücken- und Ingenieurbauwerke bei der Stadt Dresden. Die ersten Informationen zum Brückeneinsturz bei der Polizei kamen in der Nacht von den eigenen Kollegen: „Bei uns ging heute kurz nach 3 Uhr die erste Meldung ein. Das waren unsere eigenen Kollegen, die 50 Meter entfernt an der jüdischen Synagoge Objektschutzmaßnahmen durchführen“, berichtete Polizeisprecher Thomas Geithner.



Die Carolabrücke ist eine der Hauptverkehrsadern in Dresden. Bei dem Einsturz des Brückenteils ist glücklicherweise niemand verletzt oder gar getötet worden. Foto: epd

„Sie haben es beschrieben als großes, schwere Geräusch. Der Boden hat gewackelt.“

Die Carolabrücke ist eine Spannbetonbrücke von 1971. Zwei ihrer Brückenzüge, die Teile A und B, wurden bereits saniert. Eingestürzt ist nun der Teil C, der 2025 saniert werden sollte. „Das ist ein Risiko, mit dem wir uns seit vielen Jahren auseinandersetzen“, so Kalbe. „Dass der Zustand im Zug C so schlimm ist, dass es zum Einbruch gekommen ist, das war nicht voraussehbar.“

Die Ermittlungen zur Ursache laufen noch, aber Holger Kalbe

äußerte zumindest eine Vermutung: Korrosion könnte verantwortlich sein – eine Folge von mangelhafter Wartung in der Vergangenheit. „Wir haben hier zu DDR-Zeiten massiven Chlorid-Eintrag gehabt“, sagte Kalbe. Zwar sei bereits Chlorid entzogen worden, aber an der Stelle, wo das Brückenteil einbrach, habe ein Mast der Verkehrsbedienungen gestanden. Es sei denkbar, „dass an der Stelle massiv die Chloride eingedrungen sind und dort im Inneren der Brücke zu einer Korrosion der Bewehrung geführt haben.“ Die Leiterin des Dresdner Straßen- und Tiefbau-

amtes, Simone Prüfer, betonte, dass die Brücke regelmäßig überprüft und kontrolliert worden sei. Zweimal pro Jahr habe es Besichtigungen gegeben, die letzte große Prüfung liege etwa drei Jahre zurück. Eine Erklärung habe sie noch nicht, sagte Prüfer.

Der Brückenbauexperte Stefan Marx bezeichnete den Einsturz als Desaster. „Es ist insbesondere auch deswegen ein Desaster, weil es niemand vorhergesagt hat“, sagte Marx, der Professor am Institut für Massivbau an der TU Dresden ist, vor Ort. „Das Bauwerk muss man heute

unter komplett einsturzgefährdet verbuchen.“ Als eine der ersten großen Spannbetonbrücken in der DDR habe die Carolabrücke alle Defizite, die ein solches Bauwerk aus der Frühzeit der Spannbetonbrücken habe. „Ein besonders tragisches Defizit ist, dass die Brücke keine Redundanzen hat, das heißt: Wenn irgendwas ist, folgt der Einsturz“, erläuterte Marx.

Die Polizei geht bislang von einem Unglück aus. „Es gibt null Anhaltspunkte für irgendein strafbares Verhalten. Es gibt kein Ermittlungsverfahren“, sagte Sprecher Geithner. Es gehe nun

darum, die Ursache zu klären. Sollte sich dabei herausstellen, dass Fehler gemacht worden seien, dann würde auch ein Strafverfahren eingeleitet. „Aber diese Anhaltspunkte fehlen im Moment.“

Der Einsturz wirkte sich auch auf die Fernwärmeversorgung in Dresden aus. Zwei Leitungen barsten, das ausströmende Wasser setzte Teile des Terrassenufers komplett unter Wasser. Und die Einsatzkräfte blickten mit Sorge auf die Wettervorhersagen: Es könnte ein Hochwasser kommen. Das ist wegen der Trümmer im Fluss ein Problem.

Tschau, Tschau, Bambina!

Schlagerstar Caterina Valente stirbt mit 93 Jahren / 1986 im Guinness-Buch der Rekorde als erfolgreichste europäische Sängerin

Von Christiane Oelrich

LUGANO. Als es in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg noch um den Wiederaufbau ging, brachte Caterina Valente dem Flair der großen weiten Welt ins enge Wohnzimmer: Die italienische Sängerin mit französischem Pass sang von Paris, Honolulu und der Fiesta Cubana. Nun ist Valente am 9. September mit 93 Jahren in Lugano in der Schweiz gestorben. Das sagte ihr Pressesprecher Günther Huber unter Berufung auf ihre Söhne.

„Auf Wunsch der Verstorbenen wurde die Beerdigung in strikter Privatsphäre abgehalten, und es wird keine weiteren Zeremonien oder Gedenkfeiern geben“, berichtete er. Die Familie bat darum, ihre Privatsphäre zu respektieren.

Valente wurde in den 50er und 60er Jahren zu einem der größten Schlagerstars in Deutschland und machte international Karrie-

re: Kanada feierte sie 1976 als „Europas Antwort auf Doris Day, Barbra Streisand und Liza Minnelli“.

Im hohen Alter noch auf Facebook aktiv gewesen

„Signora Wirtschaftswunder“ sang auf Deutsch, Italienisch, Französisch, Englisch und in vielen anderen Sprachen. Sie tanzte und schauspielerte und machte mit einer Mischung aus Exotik und Eleganz ein bisschen Flucht aus dem kleinbürgerlichen Alltag möglich. Deutschland war Anfang der 50er Jahre auf die weltberühmte Sängerin aufmerksam geworden, als ihr deutscher Mann Tonbandaufnahmen seiner singenden Frau an verschiedene Sender verschickte. Viele ihrer Evergreens sind als geflügelte Worte in den deutschen Sprachgebrauch übergegangen: „Ganz Paris träumt von der Liebe“ von 1954 etwa, ihre



„Signora Wirtschaftswunder“ sang auf Deutsch, Italienisch, Französisch, Englisch und in vielen anderen Sprachen. Archivfoto: dpa

Version des Cole-Porter-Songs „I love Paris“ und gleich ihr größter Hit. Auch „Tschau, Tschau, Bambina“ (1959), „Itsy Bitsy Teenie Weenie Honolulu Strandbikini“ (1960) oder „Quando, quando, quando“ (1962) wurden Riesenerfolge.

Valente bestach mit ihrer wandelbaren Stimme: Sie konnte musikalisch sowohl vor Sehnstuchtschmachten als auch sinnliche Chanson-Tiefen und jazzige Höhen meistern – und ebenso verschmitzt die Partylaune heben. Den ansteckenden Opti-

mus und ihren Humor behielt sie bis ins hohe Alter. Sie halte es mit Bette Davis, schrieb sie 2019 auf Facebook: „Das Alter ist nichts für Schwächlinge.“ 1999 nahm sie ihre letzte CD auf („Girllalk“) und zog sich zurück. 2005 hatte sie bei einer „Bambi“-Verleihung ihren letzten öffentlichen Auftritt, als sie einen Ehrenpreis für ihr Lebenswerk erhielt. Auf Facebook aber blieb sie auch nach ihrem 90. Geburtstag noch aktiv: Sie postete oft Erinnerungen an Momente ihrer Karriere oder andere Stars aus vergangenen Zeiten.

Ihr Wirken ging weit über die Musik hinaus. In dem Schlagerfilm „Liebe, Tanz und 1000 Schlager“ versprühte Valente als Schauspielerin an der Seite des Entertainers Peter Alexander Sex-Appeal. Dieser Streifen kam 1955 sogar in der DDR ins Kino – allerdings von den Zensoren gekürzt. Darüber hinaus führte sie im deutschsprachigen Raum

durch Silvesterpartys, hatte eine „Caterina-Valente-Show“ und war Gast in Sendungen. 1986 führte das Guinness-Buch der Rekorde sie als erfolgreichste europäische Sängerin mit mehr als 1350 veröffentlichten Aufnahmen.

Valente wurde 1931 in Paris geboren, ihre italienischen Eltern waren Artisten. In Paris stand sie schon mit fünf Jahren auf der Bühne. Mit 21 heiratete sie den deutschen Jongleur Erik van Aro, der auch ihr Manager wurde. Die Ehe hielt fast 20 Jahre. Von 1972 bis 1980 war sie mit dem britischen Pianisten und Komponisten Roy Budd verheiratet. Aus jeder Ehe hatte sie einen Sohn, Eric (1958) und Alexander (1974). Auf ihr Leben blickte sie 2019 in einem Gespräch mit einem Freund zufrieden zurück: „Ich habe alles gemacht, was ich machen wollte, einiges besser, anderes schlechter.“

LEUTE HEUTE

Ein Geständnis

Der US-Rocker **Dave Grohl** (55) ist erneut Vater geworden, allerdings außerhalb seiner Ehe, wie der Frontman der Band Foo Fighters auf Instagram mitteilte. Er sei kürzlich Vater einer Tochter geworden, schrieb er. Gleichzeitig betonte der Musiker, dass er seine Ehefrau und ihre drei gemeinsamen Kinder liebe. Er würde alles dafür tun, „ihr Vertrauen zurückzugewinnen und ihre Vergabe zu verdienen“.



Dave Grohl

Kein Gerücht

Schauspielerinnen und Komikerinnen **Annette Frier** (50) findet, dass die Film- und Fernsehbranche zu wenig spannende Rollenangebote für Frauen im mittleren Alter bietet. „Es ist kein Gerücht oder Klischee, dass Frauen schon ab 40 drastisch weniger interessante Angebote bekommen“, sagte Frier im Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Die Kölnerin zeigte sich für die Zukunft dennoch zuversichtlich.



Annette Frier

Eine Gebetskarte

Auf dem Weg zur letzten Station seiner bislang längsten Auslandsreise nach Singapur ist **Papst Franziskus** (87) mit ungewöhnlicher Fluglektüre ausgestattet worden. Die Airline Aero Dili aus Osttimor versorgte alle Passagiere der Delegation mit einer Gebetskarte. Darauf waren für sechs große Glaubensrichtungen Bitten um göttlichen Beistand abgedruckt. Der Flug verlief frei von Turbulenzen.



Papst Franziskus Fotos: dpa



GUTEN MORGEN SCHIFFERSTADT

1897: Irène Joliot-Curie geboren

Am 12. September 1897 wird Irène Joliot-Curie in Paris geboren. Zeit ihres Lebens ist sie erfolgreiche Naturwissenschaftlerin. Gemeinsam mit ihrem Ehemann Frédéric Joliot-Curie erhält sie 1935 den Nobelpreis für die Entdeckung der künstlichen Radioaktivität. Bereits die Eltern von Irène sind wissenschaftlich tätig: Marie und Pierre Curie erhalten 1903 den Nobelpreis für die medizinische Verwendung von Strahlung. Marie erhält außerdem 1911 einen Nobelpreis für die Entdeckung der chemischen Elemente Polonium und Radium. Insgesamt taucht der Name Curie fünfmal in der Liste der Nobelpreise auf.

1944: Beschluss über Besatzungszonen

Großbritannien, die USA und die Sowjetunion verabschiedet 1944 das „Londoner Protokoll“. Darin vereinbaren die Alliierten, Deutschland in Besatzungszonen und ein gemeinsames Gebiet Berlin aufzuteilen. Frankreich tritt der Vereinbarung Ende Juli 1945, knapp ein Jahr später, bei. Die volle völkerrechtliche Souveränität erlangt Deutschland schließlich mit Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages Anfang 1991 wieder. Bis 1994 ziehen die letzten russischen Soldaten aus Deutschland ab.

1960: Walter Ulbricht wird 1. Staatsratsvorsitzender

Am 12. September 1960 tritt das „Gesetz über die Bildung des Staatsrats“ in Kraft und Walter Ulbricht wird 1. Vorsitzender des neu etablierten Staatsrats. Der Rat fungiert als kollektives Staatsoberhaupt und löst somit das Präsidialsystem ab, welches ursprünglich 1949 beschlossen wurde. Zuvor hatte Wilhelm Pieck den Posten als Präsident inne, bevor er am 7. September 1960 verstirbt. Zukünftig wird der Staatsrat alle vier Jahre (ab 1974 alle

fünf Jahre) in der Volkskammer gewählt. Das Kollektiv erhält neben den bisherigen Präsidialfunktionen weitestgehend alle exekutiven, legislativen und judikativen Rechte der staatlichen Gewalt. Der Staatsrat hat somit zum politischen und staatlichen Gewaltmonopol. Unter anderem kann das kollektive Staatsoberhaupt Beschlüsse mit Gesetzeskraft fassen.

1971 mündet ein Machtkampf zwischen Walter Ulbricht und Erich Honecker in Ulbrichts Rücktritt von fast all seinen Ämtern. Ulbricht bleibt jedoch bis zu seinem Tod Vorsitzender des Staatsrates. In Folge der politischen Umbrüche und der Ablösung Ulbrichts durch Honecker, wird der Rat allmählich zu einem Repräsentationsorgan ohne politische Einflussnahme degradiert. Walter Ulbricht stirbt nach kurzer Krankheit am 1. August 1973 in Ost-Berlin.

1990: Letztes DDR-Länderspiel

Die DDR-Nationalelf bestreitet 1990 ihr letztes Länderspiel. Drei Wochen später soll es die DDR nicht mehr geben. Bis auf Matthias Sammer haben alle Stars abgesagt. Sammer wechselt kurz nach der Wende von Dynamo Dresden zum VfB Stuttgart und läuft seitdem nicht mehr für die DDR-Nationalmannschaft auf. Nur beim allerletzten Spiel im September 1990 gegen Belgien will er dabei sein. Die DDR gewinnt gegen die favorisierten Belgier mit 2:0, zweifacher Torschütze war - Matthias Sammer.

Für den Sieg im allerletzten Länderspiel der DDR erhält jeder Spieler 5.000 Ost-Mark Siegpriämie, die Trainer Eduard Geyer bei Rückkehr auf dem Flughafen Berlin-Tempelhof verteilt. In die Geschichte des DDR-Fußballs geht Jens Adler als „letzter Nationalspieler“ ein. Trainer Eduard Geyer schickt den Torwart des Halleschen FC in der letzten Minute aufs Spielfeld. Den Ball bekommt Adler nicht ein einziges Mal zu fassen. Nach dem Spiel hat er Tränen in den Augen.

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. In der zweiten Sitzung des Stadtrats wurde die Vergabe der Geschäftsbereiche für die drei Beigeordnete beschlossen. Für Bürgermeisterin Ilona Volk (Grüne) bedeutet die neue Konstellation künftig Mehrarbeit.

Patrick Poss (CDU) – in der zurückliegenden Legislaturperiode zweiter Beigeordneter – wird auch in der Position des ersten Beigeordneten die Fachbereiche Generationen und Soziales beibehalten. Der neu gewählte zweite Beigeordnete Dieter Weißenmayer (FWG) übernimmt aus dem Fachbereich Bürgerservice die Referate Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie den Teilbereich Friedhöfe und Bestattungen aus dem Referat Bürgerservice. Das Forst- und Agrarwesen, der Naturschutz und die Landschaftspflege im Außenbereich aus dem Fachbereich Finanzen und Organisation wurde an Stefano Tedesco (BfS) übertragen, der ebenfalls neu im Amt und dritter Beigeordneter ist.

Die Neuordnung führt dazu, dass die Bereiche Bürgerservice, Stadtservice und Stadtwerke fortan zu den bestehenden Geschäftsbereichen

Geschäftsbereiche sind verteilt

STADTRAT Volks Aufgabenbereich wird größer / Drei Neuverpflichtungen



V. l.: Stefano Tedesco (BfS, 3. Beigeordneter), Bürgermeisterin Ilona Volk, Patrick Poss (CDU, 1. Beigeordneter), Dieter Weißenmayer (FWG, 2. Beigeordneter). Foto: Archiv

Volks hinzukommen. Mit der Zustimmung zu den jeweiligen Geschäftsbereichen bewilligte der Stadtrat auch

die Aufwandsentschädigung für die drei Beigeordneten. Poss erhält laut Hauptsatzung demnach 1665 Euro monat-

lich, Weißenmayer und Tedesco je 1371 Euro brutto. Als Nachrücker auf die Positionen der drei wurden Tobias

Kupper (CDU), Erwin Fischer (FWG) und Yvonne Werrel (BfS) als Stadtratsmitglieder verpflichtet.

Stadt und Wehr werden durchleuchtet

STADTRAT Feuerwehrbedarfsplan und Schlauchpflegeanlage bewilligt

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Aufschluss über den Status quo bei der Feuerwehr und in der Stadt soll ein Feuerwehrbedarfsplan geben. Eine Firma soll die Aufgabe der Analyse übernehmen. Langfristiges Ziel: aus dem Ist-Zustand in den Soll-Zustand kommen.

„Diesen Weg müssen wir definieren“, betonte Wehrleiter Jörg Strubel in der Sitzung des Stadtrats am Donnerstag-

abend. Eine Kategorisierung gebe es zwar derzeit, allerdings sei die Entwicklung in den vergangenen Jahren nicht berücksichtigt worden. Daher gebe es keine aktuellen Angaben hinsichtlich der Einwohnerzahl, der Waldgebiete und der Baugebiete.

„Alles wird durch die Fachfirma analysiert, kategorisiert und auch topografiert“, fasste Strubel zusammen. Auch die komplette Feuerwehr werde in ihrer Struktur und ihrem

Aufbau durchleuchtet, inklusive der Jugendfeuerwehr, der Einsätze und des derzeitigen Standorts des Gerätehauses. „Ich will nichts vorweg nehmen, aber an der Stelle wird's dunkelrot werden“, lenkte Strubel bezüglich der Lage ein und ergänzte: „Es wird sicher nicht rauskommen, dass wir eine Gurkentruppe sind, die von nichts eine Ahnung hat, aber was den Tagesalarm und den Standort angeht, wird es kritisch.“

Aus den Ergebnissen der Analyse werde ein Schutzziel abgeleitet. In neun Monaten sollen diese vorliegen, kündigte Strubel an. „Wir veranlassen den Feuerwehrbedarfsplan, aber gehen müssen wir den Weg gemeinsam“, appellierte er an die Unterstützung der Kommunalpolitik. Die zeigte sich offen für das Vorhaben und stimmte dafür.

Für Bürgermeisterin Ilona Volk (Grüne) die einzig richtige Entscheidung. „Unsere

Feuerwehr hat sich so positiv weiterentwickelt, dass ich es als unsere Pflicht ansehe, gemeinsam diesen Bedarfsplan auf den Weg zu bringen“, machte sie deutlich. Die Kosten, das haben Markterkundungen ergeben, liegen bei zirka 20.000 Euro.

Bewilligt wurde auch die Anschaffung einer Schlauchpflegeanlage (90.000 Euro). Diese wird genutzt, um verschiedene Druckschläuche zu warten und zu reinigen.

Glasfaser: Vorvermarktung geht weiter

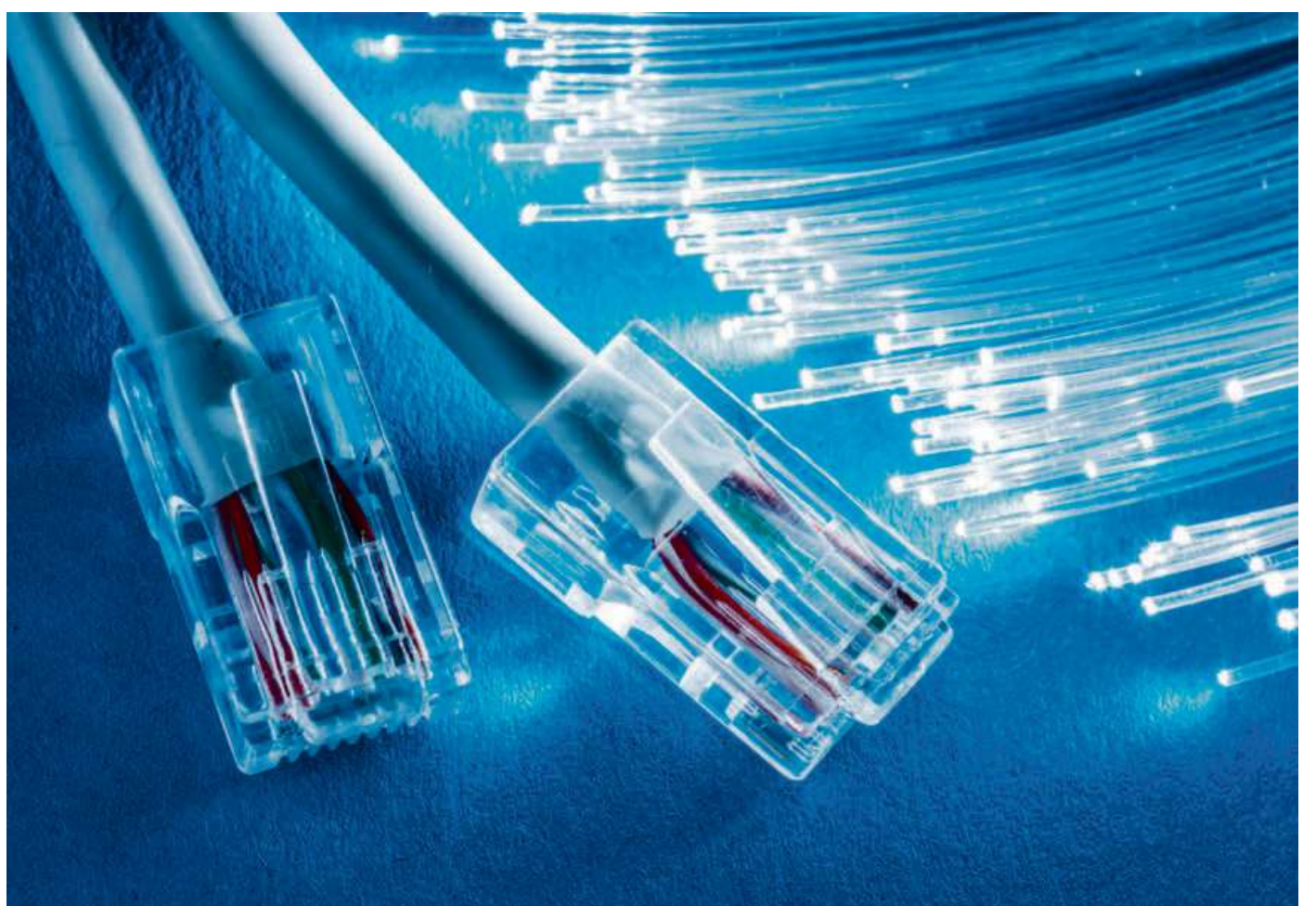
NACHGEHAKT Deutsche GigaNetz verlängert bis 16. Dezember / „Einige Verträge fehlen“

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Mit dem 2. September endete die verlängerte Frist zur Nachfragebündelung der Deutschen GigaNetz in Schifferstadt. Konkret benannt wird das Ergebnis auf Nachfrage nicht. Dass Verträge fehlen, wird bestätigt.

„Der Erfolg des Glasfaserausbau beruht wesentlich auf der aktiven Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sowie der ansässigen Unternehmen“, schreibt eine PR-Sprecherin des Unternehmens auf Tagblatt-Nachfrage. Da der Ausbau durch die Deutsche GigaNetz eigenwirtschaftlich – also ohne den Einsatz öffentlicher Fördermittel – erfolgt, sei die Unterstützung der Anwohnerinnen und Anwohner entscheidend für die Realisierung des Infrastrukturprojekts.

„Derzeit“, so der Status quo nach Aussage der Sprecherin, „fehlen jedoch noch einige Verträge, um eine abschließende Bauentscheidung treffen zu können.“ Aktuell befinde sich der Anbieter in einer entscheidenden Phase der Vorvermarktung. Diese – das ist nun der neue Plan



- wird noch bis zum 16. Dezember dauern. „Bis dahin werden wir versuchen, möglichst viele Menschen zu er-

reichen, um über die Vorteile der Glasfaser-Technologie aufzuklären“, kündigt die PR-Managerin an.

Ihr Hinweis: „Nach umfangreicher Beratung vor Ort können sich Interessierte noch immer auf der eigens

für Schifferstadt eingerichteten Website www.deutsche-giganetz.de/schifferstadt/ informieren.“

ANZEIGEN

Zur Beerdigung unseres Ehrenmitgliedes
Heini Dollmann
treffen wir uns morgen Freitag, 13. September 2024, um 14.15 Uhr am Waldfriedhof in Schifferstadt.

Abo plus

Lokal.
Regional.
Digital.
Das Tagblatt digital lesen. Überall.
Monatlich für nur 2 Euro zusätzlich zum Zeitungsabo. Nur gültig für Privatkunden.
www.schifferstadter-tagblatt.de

VERÖFFENTLICHUNG DER JUBILÄEN

► Ab dem 80. Lebensjahr bzw. der Feier des 50-jährigen Hochzeitsjubiläums meldet das Einwohnermeldeamt der Stadtverwaltung Schifferstadt die Daten der entsprechenden Personen an die Presse zur Veröffentlichung. Wer keine Veröffentlichung wünscht, muss dies direkt beim Einwohnermeldeamt im Rathaus melden und sperren lassen. Das Tagblatt nimmt diese Änderungen nicht entgegen.

BEILAGENHINWEIS

► Der heutigen Ausgabe liegt ein Flyer der Firma „Engel & Völkers“, Speyerer Straße 46, Limburgerhof, bei.

WIR GRATULIEREN

Frau Brigitte Brenner, zum 87. Geburtstag.
Herrn Gerd Koob, zum 81. Geburtstag.

FERNSEHEN / WETTER

Grid of television program listings for various channels including ARD, ZDF, RTL, SAT.1, PRO 7, SWR RP, HR, WDR, BAYERN BR, 3SAT, Sport1, KABEL1, VOX, KIKA, NDR, PHOENIX, ARTE, EUROSP. 1, RTL2, and MDR. Each channel listing includes program titles, start times, and brief descriptions.

Wissen was läuft! Schifferstadter Tagblatt

Weather report for Schifferstadt. Includes a map of the region with temperature icons, a table of current and forecast temperatures for various locations, a section for 'Wetter weltweit', and 'Aussichten für Schifferstadt' for the next four days.

